

SPD-Fraktion im Bezirkstag von Mittelfranken
Gisela Niclas, Vorsitzende

**Sitzung des Bezirkstages am 10.12.2020:
Schriftliche Stellungnahme der SPD-Fraktion zum Haushalt 2021**

Liebe Leserinnen und Leser,

Die wichtigste Aufgabe des Bezirks ist die Unterstützung von Menschen mit Behinderung für ein Leben in Würde und größtmöglicher Selbstbestimmung. Voraussetzung dafür ist die gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft. Guy de Maupassant, ein französischer Schriftsteller des 19. Jahrhunderts, drückt das so schlicht wie schön aus: Es sind die Begegnungen mit Menschen, die das Leben lebenswert machen“.

Begegnungen von Menschen - in der Familie, mit Freunden, am Arbeitsplatz, aber auch in Kirchengemeinden, Vereinen, Verbänden und Politik - bilden die „Grundausstattung“ einer lebendigen, vielfältigen Gesellschaft. Mit Blick auf den Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung am 3. Dezember stellen wir fest, dass Begegnungen von Menschen auch ganz wesentlich sind für das Gelingen von Inklusion.

2020 ist ein besonderes Jahr. Nach Jahren der Vorbereitung und der Übergangsregelungen setzen wir nun unumkehrbar das Kernziel des neuen Bundesteilhabegesetzes um: **Wir leisten personenzentrierte Hilfe. Es geht jetzt in allererster Linie darum, was der einzelne Mensch - und nicht das Wohnheim, die Werkstatt für Menschen mit Behinderung o.a. - neben Lebensunterhalt und Wohnung braucht, um selbstverständlicher Teil der Gemeinschaft sein zu können.** Das kann sehr unterschiedlich sein, es muss für jeden Einzelnen/für jede Einzelne individuell festgelegt werden. Das erfordert ein Umdenken bei unserer Sozialverwaltung, bei den sozialen Diensten und Verbänden, aber auch bei uns Bezirksrätinnen und -Räten, in der Politik insgesamt. Das geht nicht von heute auf morgen, das ist ein Lernprozess für alle Beteiligten.

Dieser Lernprozess fand und findet in 2020 unter sehr schwierigen Bedingungen statt. Die weltweite Corona-Pandemie zeigt uns, wie schnell das gesellschaftliche Miteinander in Gefahr geraten kann. Kontaktbeschränkungen – so notwendig sie sind - treffen besonders Menschen mit Behinderung, mit seelischen oder Suchterkrankungen, alte Menschen in Pflegeheimen. Sie führen zu sozialer Distanzierung und Isolation, zu Rückfällen in Sucht und Krankheit, kurz: zu Rückschritten bei der Inklusion. Sehr vielen Menschen ist das bewusst. Wir erleben viel Bereitschaft des größten Teils unserer Gesellschaft, im Lockdown einander so weit wie möglich beizustehen. Das tut gut!

Es gibt aber auch sogenannte Querdenker-Gruppen, rechtsgerichtete und rechtsextremistische Kräfte, die die Pandemie verharmlosen und Notwendigkeit von Schutzmaßnahmen leugnen. Wir dürfen sie nicht ignorieren oder verharmlosen. Ihren Aktivitäten sind ausgerichtet auf Ausgrenzung, Verächtlichmachung der Politik und Spaltung der demokratischen Gesellschaft. **Die Allianz gegen Rechtsextremismus in Mittelfranken, der auch unser Bezirk angehört, hat in ihrer Vollversammlung am 10. November 2020 in einer Resolution gegen diese demokratiefeindlichen Bewegungen klar Position bezogen. Unsere stellvertretende Präsidentin Christa Naaß war als Vertreterin des Bezirks dabei und hat diesen Beschluss vollumfänglich unterstützt.**

Inklusion gestalten verpflichtet uns auch, als Bezirk konkrete Beiträge gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu leisten. Wir begrüßen, dass die finanzielle Unterstützung der Allianz auch im Haushaltsentwurf 2021 enthalten ist. Mit unserem Antrag wollen wir aber einen Schritt weitergehen; der Bezirk soll das verbindlich auch in den Folgejahren tun, so lange es politisch notwendig ist, und wir wollen, dass jährlich im Bezirkstag über die Arbeit der Allianz berichtet wird.

Im Bezirk Mittelfranken sorgen wir gemeinsam fraktionsübergreifend dafür, dass soziale Hilfen und Corona-bedingte Mehrkosten zum Wohl der Menschen soweit wie möglich aufrecht erhalten und finanziell abgesichert werden. **Wir als Sozialdemokraten werden sehr genau darauf achten, dass es wegen der Corona-bedingten hohen Belastungen der öffentlichen Haushalten nach der Pandemie nicht zum Sozialabbau kommt.** Ich habe noch sehr deutlich die Worte des bayerischen Finanzministers auf der Vollversammlung 2020 des Bezirkstags im Ohr. In bedenklichem Einvernehmen mit dem Bezirkstags-Präsidenten Löffler hat Füracker festgestellt, dass nach der Pandemie zu prüfen sei, welchen Sozialstaat wir uns in Zukunft noch leisten können.

Der vorliegende **Haushaltsentwurf 2021** durchbricht mit einem Volumen von 1.014.200 Tausend € die Milliardenschallgrenze. Den größten, erneut gestiegenen Anteil hat wie immer der Sozialhaushalt, in 2021 sind das knapp 847 Millionen Euro. Der Freistaat hat zwar nach jahrelangem Drängen die FAG-Mittel für die Bezirke für 2021 erhöht; leider aber nur einmalig und auch nur, weil im Bereich Straßenausbaubeitragssatzung ein paar Millionen übrig waren. **Von einem fairen Finanzausgleich kann also noch immer keine Rede sein. Die Bezirke müssen weiterhin die Reform des FAG einfordern, es geht um einen angemessenen Anteil am Steuerverbund und eine dauerhafte Erhöhung des Gesamtvolumens.**

Ohne nachhaltigen Finanzausgleich werden auch in 2021 die Städte und Landkreise weiter den Löwenanteil am Bezirkshaushalt stemmen. Sie sind mehr oder weniger alle vom Corona-verursachten Wegbrechen von Einnahmen betroffen. In dieser Situation spricht sich die SPD für die Beibehaltung der Bezirksumlage bei 23.55 Hebesatzpunkten aus. Das ist für uns ein Akt der Solidarität mit den Umlagezahlern. Trotz des 12-Millionen-Defizits bei der Haushaltseinbringung können wir den Ausgleich durch einen Maßnahmenmix zu schaffen: im Verwaltungshaushalt durch Verwendung der Haushaltsreste aus 2020 und Einbeziehung der Rücklage, im Vermögenshaushalt durch Kreditfinanzierung der Investitionen.

Corona hemmt die Umsetzung der personenzentrierten Hilfen. Das wird sich hoffentlich im nächsten Jahr ändern. Deswegen werden wir rein rechnerisch für 2022 keinen vergleichbaren finanziellen Handlungsspielraum mehr haben, um die Bezirksumlage auf dem jetzigen Niveau zu halten. Eine Erhöhung zeichnet sich ab. Das ist den Umlagezahlern bereits bekannt. Der öffentlich ausgetragene Schlagabtausch früherer Zeiten zwischen Bezirkstagspräsident und Oberbürgermeistern ist dank der Initiative der SPD in der vorigen Amtszeit längst durch einen sachlich-kollegialen Dialog auf Augenhöhe ersetzt worden. Dafür dir, lieber Armin, an dieser Stelle ein herzlicher Dank, dass für dich Gespräche mit den Landräten, Oberbürgermeistern und Kämmererchefs auf Augenhöhe zur selbstverständlichen politischen Kultur gehören.

Ebenso wie der Haushalt 2020 ist auch der Haushalt 2021 ein Übergangshaushalt. Was wir mittel- und langfristig im Sozialhaushalt tatsächlich brauchen, welche Mehrkosten durch die Pandemiefolgen anfallen, werden wir möglicherweise auch Ende 2021 noch nicht genau wissen. Wir werden die Entwicklung sorgfältig beobachten und bewerten müssen. Eine sehr wichtige Rolle spielt dabei unser **Controlling**, das inzwischen gut aufgestellt ist und uns regelmäßig aktuelle Zahlen liefern kann.

Der **Stiftungshaushalt**, dem nach wie vor aufgrund der Niedrigzinspolitik nachhaltige Zuwächse fehlen, wurde endlich **durch Aufgabenumsetzungen in der Verwaltungshaushalt entlastet**. Dafür hat sich die SPD-Fraktion jahrelang eingesetzt.

Die Verwaltung hat mit 2 Maßnahmen für den Haushaltsentwurf wesentliche Voraussetzungen geschaffen, die Deckungslücke zu begrenzen:

Der Stellenplan sieht für 2021 ein ganz geringes Wachstum vor. Die SPD wird ihn ohne Änderungsanträge mittragen. Wir sind uns bewusst, dass der Personalbereich trotz wachsender Aufgaben durch Verzicht auf Stellenneuschaffungen einen erheblichen Beitrag zur Kostendämpfung leistet. Das Jahr 2021 sollte genutzt werden, den in Corona-Zeiten schnell vergrößerten Bereich Homeoffice dauerhaft unter Beachtung von Arbeitsschutz-, Tarif- und Datenschutzbestimmungen auszubauen. Das neue Ausbildungskonzept soll sich bewähren. Die flächendeckende Aufgabe „Stellenbewertung“ sollte mittel- und langfristig im Interesse der Minimierung von Verwaltungsaufwand weiter entwickelt werden hin zu lediglich anlassbezogener Stellenbewertung.

Die Investitionsmaßnahmen für 2021 werden durch Kredite finanziert - das ist günstiger für die Umlagezahler - und sind auf das Notwendigste begrenzt. Das schließt einen längerfristigen Verzicht auf Rathäuserweiterung und Neubau egal an welchem Ort ein. Wir sollten das Jahr 2021 zur Prüfung nutzen, ob und wie in den Rathäusern und Landratsämtern z.B. durch regelmäßige Sprechstunden die dezentrale Präsenz des Bezirks verbessert werden kann. Dadurch hätten nicht nur ratsuchende und hilfeberechtigte Menschen kürzere Wege, wir können auch Büroraum in der Ansbacher Zentrale sparen.

Die **Bezirkskliniken** brauchen auch in 2021 Jahr keinen Defizitausgleich aus dem Bezirkshaushalt. Dafür danken wir ausdrücklich dem Vorstand, Herrn Dr. Keilen, dem Gesamtpersonalrat und besonders allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die unter den erschwerten Bedingungen der Pandemie auch in diesem Jahr einen sehr guten Job gemacht haben. Unsere Bezirkskliniken dienen zuallererst der Genesung von Menschen. Sie müssen wirtschaftlich geführt werden, aber sie dürfen nicht auf Profiterzielung ausgerichtet werden. **Die Entwicklung unseres Kommunalunternehmens geht in die richtige Richtung: Dezentralisierung der Standorte und Angebote.** Das ist seit Jahren unser erklärtes Ziel als SPD-Fraktion. Die neue Psychiatrie in Fürth, die Planungen für die Generalsanierung in Erlangen und die Psychosomatik in Treuchtlingen, Tageskliniken und Institutsambulanzen in Weissenburg, Fürth, Roth, Neustadt/Aisch, Höchststadt/Aisch und als neuestes Projekt ein ambulantes medizinisches Versorgungszentrum zeigen gleichzeitig, dass wir **zur Sicherung nachhaltiger Gesundheitsversorgung auf die Kooperation von kommunalen bzw. öffentlich-rechtlichen Trägern setzen** müssen. Über die politischen Gremien können wir Transparenz herstellen und Entwicklungen demokratisch steuern. Die **Neustrukturierung der kollegialen Führungsebene** und die **gendergerechte Besetzung der Doppelspitze** ist abgeschlossen. Auch dafür hat sich die SPD-Fraktion hartnäckig eingesetzt. Die **Rückführung der Service-GmbH** bleibt für die SPD

als wichtige Aufgabe auf der Tagesordnung. Ganz gleich ob am Krankenbett, in der Therapie, in der Küche oder bei Reinigungsarbeiten – alle arbeiten zusammen und gehören daher in ein- und denselben Tarifbereich.

Einige Projekte im Haushalt 2021 möchte ich besonders hervorheben:

Die **flächendeckende Einführung von Pflegestützpunkten** ist auf Antrag der SPD gesichert. Nach der Einigung der kommunalen Spitzenverbände mit den Kranken- und Pflegekassen hat der Bezirk mit seinem Grundsatzbeschluss und der Finanzierungszusage grünes Licht gegeben. Alle Landkreise und kreisfreien Städte können nun entscheiden, ob sie die vereinzelt bereits bestehenden Pflegestützpunkte zu einem dichten mittelfränkischen Netz knüpfen wollen.

Die vom **Runden Tisch „Sucht“** initiierten Projekte – Hilfe für schwangere suchtkranke Frauen, Arbeit mit nicht deutsch sprechenden Menschen, Sucht im Alter – sind finanziert und können fortgesetzt werden.

Mit der **Konzeption der aufsuchenden Krisenversorgung durch mobile Teams der Sozialpsychiatrischen Dienste** geht das Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes, für das wir uns als SPD zusammen mit anderen Parteien, Verbänden, der Selbsthilfe und Angehörigeninitiativen jahrelang eingesetzt haben, im ambulanten Bereich Mitte 2021 in die Umsetzung.

Durch die **Anpassung der Richtlinien für die Sozialpsychiatrischen Dienste und Psychosozialen Suchtberatungsstellen** werden diese künftig besser ausgestattet.

Einer unserer wenigen Anträge richtet sich auf die **Verstärkung der ambulanten Hilfen im psychosozialen Bereich**. Der Ausbau darf nicht durch ein Verwaltungsmoratorium gestoppt werden, er ist notwendig aufgrund der negativen Folgen der Corona-Pandemie für viele kranke Menschen. Der 2. Lockdown, dessen Ende derzeit noch nicht absehbar ist, und die erneuten Kontaktbeschränkungen werden weitere negative Folgen nach sich ziehen. Auf diese Situation muss der Bezirk vorbereitet sein und finanziell reagieren können. Wir beantragen eine **Soforthilfe für Lilith** ab Januar 2021.

Die **Richtlinien für den Behindertenfahrdienst** werden wir unter Beteiligung des Behindertenrats, des Sozialausschusses, sowie der Nutzer und Anbieter sorgfältig überarbeiten. Nutzung und Abrechnung sollen vereinfacht und digitalisiert werden. Kein Nutzer/keine Nutzerin soll massiv schlechter gestellt werden, die Kosten müssen budgetiert werden.

Die Digitalisierung unserer Bildungseinrichtungen wird vorangetrieben. Die Defizite werden jetzt während der Pandemie besonders offenkundig. Wir könnten schon viel weiter sein, wenn die Förderpraxis im Freistaat Bayern nicht so umständlich und langwierig wäre.

Das auf Antrag der SPD-Fraktion initiierte **Modellprojekt „Pooling von Schulbegleitungen“** bewährt sich, wird aber durch die Corona- Auswirkungen immer wieder ausgebremst. Eine Verlängerung muss frühzeitig vorbereitet werden.

Für den zusätzlichen **Unterstützungsbedarf des Bezirksjugendrings** haben die Fraktionen im Gespräch mit dessen Vorstand eine pragmatische Lösung gefunden. Coronabedingt nicht verbrauchte Mittel in 2020 wird der Bezirk nicht zurückfordern. Damit ist der Jugendring auch in 2021 weiterhin gut aufgestellt, um wichtige Projekte, wie z.B. **„Schule gegen Rassismus“**

fortzusetzen und die **Fortschreibung des Kinder- und Jugendpolitischen Programms** vorzubereiten.

Die Landwirtschaftlichen Lehranstalten **Triesdorf** können ihr Profil als **Bildungszentrum für Umweltsicherung, Energie- und Landtechnik** weiter schärfen und auch künftig nachhaltige Beiträge zum Klimaschutz leisten.

Der neue **Kooperationsvertrag zwischen Bezirk und Landschaftspflegeverband** garantiert durch finanzielle Sicherheit die Fortsetzung seiner erfolgreichen Arbeit für Umwelt- und Klimaschutz.

Die **Sondermittel zur nachhaltigen und barrierefreien Förderung der Infrastruktur der Seenzweckverbände** – auch eine SPD-Initiative - werden trotz des deutlich engeren Haushalskorsetts auch im nächsten Jahr nach sorgfältiger Prüfung weiter zur Verfügung gestellt.

Aufbau der Synagoge Allersheim im Freilandmuseum Bad Windsheim, kommt zügig voran. Sie wird als sichtbares Zeichen gegen Ausgrenzung und Rassismus und für religiöse Vielfalt und Toleranz stehen.

Wir leisten zusammen mit den Bezirkskliniken unseren **Beitrag zur Aufarbeitung der Euthanasie-Morde**, und wir werden als Bezirk im nächsten Jahr hoffentlich nach langer Beteiligung im vorbereitenden Projektbeirat Kooperationspartner bei der Entwicklung des Gedenk- und Lernortes in der ehemaligen Heil- und Pflegeanstalt Erlangen, der Vorläuferin des Bezirksklinikums Erlangen.

Wir hoffen, dass in 2021 wieder internationale Begegnungen möglich werden. Wir wollen erneut einen Betrag im Partnerschaftsetat reservieren für einen **Jugendaustausch mit der Region Südmähren in Tschechien**. Europa braucht dringend Unterstützung und besonders die junge Generation eine Perspektive für Völkerverständigung und Frieden ohne Grenzen.

Ich hoffe sehr, wir werden heute mit einer breiten Mehrheit den Haushalt für 2021 beschließen können.

Im Namen der SPD-Fraktion und auch ganz persönlich danke ich allen Mitarbeiter*innen in der Bezirksverwaltung, in den Kliniken und in den vielen bezirkseigenen Einrichtungen, in den Einrichtungen und sozialen Diensten in ganz Mittelfranken, im Haupt- und im Ehrenamt für ihre Arbeit. Sie helfen in diesem besonderen Jahr mit ganz hohem persönlichen Einsatz und digitaler Kreativität, Kontaktbeschränkungen und Isolation von Menschen entgegenzuwirken. Sie stärken das Miteinander der Menschen, ohne das unser aller Alltag um so Vieles weniger lebenswert wäre.

Stellvertretend für alle nenne ich namentlich Frau Verwaltungsdirektorin Eppe-Sturm, Herrn Kämmerer Weispfenning, Frau Personalratsvorsitzende Graf und Frau Feisthammel, die Vorsitzende des mittelfränkischen Behindertenrates. Danke Armin Kroder und Christa Naaß für stets sachliches, kollegiales und besonnenes Führungsverhalten an der Spitze des Bezirkstages! Danke an die weiteren Präsidentenvertreter und an alle Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen der demokratischen Parteien.

Ich wünsche ihnen allen ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes, glückliches und friedliches neues Jahr.